

Fensterreden und Worthülsen

Zu: „Wind und Solarstrom sind der beste Ersatz“, FR-Politik vom 30. November

Die Stichhaltigkeit wissenschaftlicher Ergebnisse zum Thema ist evident. Das wird jetzt nicht mehr angezweifelt. Konzentrieren wir uns jetzt nur auf die zur Implementation von Windkraftanlagen „bodenständigen“ Planungsparameter, und im Besonderen auf den raumplanerischen „Irrgarten“, in dem der Abstandserlass (1000 Meter Abstand von Wohnbebauung) in den planenden Verwaltungen und Stadtparlamenten landen wird. Ignorieren wir jetzt auch den bedenklich hohen Anteil politisch motivierter, verharmlosender Sprachregulierungen und Fensterreden, die die Leere programmatischer Worthülsen mit Streusand füllen.

Merke: Der Sturm im Wasserglas ist keine Alternative zur Nutzung der freien Windenergie! Und der geplante Abstandserlass schafft Planungssicherheit im Land und befriedet die Konflikte vor Ort? Das scheint nur so: Wenn es so verbindlich würde, wäre es für jeden mit der Planung Beschäftigten ein Sicheres, um jeden Siedlungssplitter einen Bannkreis von 1000 Metern zu ziehen. Kontrolle? Abwägung von Interessenskonflikten? Hinnehmbare Beitrag zur Klimarettung? Diskussion mit den Bürgern? Alles papperlapapp, nur Nachmessen, nicht planen...

Ist der Abstandserlass der Kotau vor den streitbaren Bürgern? Befriedet er wirklich die Konflikte und Unsicherheiten

vor Ort? Wenn der Bundeswirtschaftsminister (Buwimi) sich dessen so sicher wäre, warum werden dann Ausstiegsklauseln bzw. Schlupflöcher geöffnet? Will der Buwimi den Ländern mit abweichenden Planungs- und Nutzungsbedingungen damit freundlicherweise nicht in den Arm fallen und örtliche Klimaskeptiker „streicheln“? Welch ein starkes Signal zum wohlabgewogenen Führungsanspruch der Berliner Politik!

Merke: Der Wind macht nicht an den Landes- oder Verwaltungsgrenzen Halt oder kehrt um. Ich möchte nicht glauben, dass dem Buwimi oder seinem Mitarbeiterstab die methodischen und inhaltlichen Anforderungen an seriöse Raumordnungs- und Landesplanung nicht geläufig wären. Dann wäre ihm ja schon klar, dass so eine über alle geomorphologischen Gegebenheiten, gegen feststellbare Nutzungs-Konfliktzonen und über politisch-administrative Grenzen hinweg geplanter Abstandserlass allenfalls fenstertauglich ist.

Immerhin, so ist zu hoffen, werden jetzt auch die sachlich zu führenden Diskussionen über Qualifizierung von Flächen-Reserven für die Implementation notwendiger Windenergieanlagen befeuert. Wir lassen jetzt mal die Fenster offen, nur um diesmal aber frischen Wind hereinzulassen!

Heinz-A. Hetschold, Witten

Unbelehrbare Deutsche

Merkel in Auschwitz: „Mehr als eine Pflicht“, FR-Politik vom 7. Dezember

Sie zitieren die Kanzlerin dahin, dass sie „tiefe Scham empfindet, wenn sie an die Verbrechen denkt“ und kommentieren, dass „der Name Auschwitz wie kein zweiter für die Menschheitsverbrechen steht“. Letzteres ist richtig, erstes falsch.

Folgt man der Argumentation Raphael Gross, zur Rede Martin Walsers zur Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels im Jahr 1998, wobei sich Gross auf Ernst Tugendhats Unterscheidung von partikularer und universeller Ethik bezieht, so ist Scham wieder partikuläre (= deutsche) Ethik, und damit problematisch. Angezeigt wäre angesichts des Menschheitsverbrechens und des deutschen Zivilisationsbruchs eine universelle Ethik und daraus folgend ein entsprechendes Gefühl, wie Entsetzen oder Empörung.

Was mich erschreckt, ist die Folgenlosigkeit intellektuellen Arbeitens: Da macht sich jemand (Raphael Gross) kluge Gedanken, und auch 21 Jahre später zeigt dies keine Wirkung. Sind die Deutschen unbelehrbar?

Gerd-Rüdiger Erdmann, Pattensen

Alle Leserbriefe dieses Leserforums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht. Sie finden Sie unter frblog.de/lf-20191216

Suizid aus Angst vor dem Tod

SPD und Medien: „Der ‚Pragmatiker‘ hat immer recht“, FR-Tagesthema vom 3.12.

Sollte man es wirklich als „Revolte“ bezeichnen, wenn man die „Pragmatiker“ nicht weiter recht haben lässt? „Pragmatisch“ würde wohl ein Verbleiben in der großen Koalition bedeuten, was wiederum zumindest für die SPD einem Selbstmord aus Angst vor dem Tod ziemlich nahekommt und eine ernsthafte Gefährdung unserer Demokratie bedeuten kann.

Demokratie lebt davon, dass es eine Regierung und eine Opposition gibt. Eine große Koalition kann nur eine Notlösung sein, wenn man z.B. dem Erstarren radikaler Kräfte etwas entgegensetzen will. Die Geschichte lehrt uns, dass das nicht unbedingt gut funktionieren muss. So war es in der Weimarer Republik mit der letzten Regierung, die aufgrund parlamentarischer Mehrheiten gebildet werden konnte, einer großen Koalition, im März 1930 vorbei. Es kam zu zunehmender Radikalisierung. Heute vertritt Herr Gauland unverblümt die Auffassung, dass eine geschwächte CDU bald nicht mehr um eine Koalition mit der AfD herumkommen werde.

Die Hoffnung, eine große Koalition werde ein Erstarren der AfD verhindern, hat sich nicht erfüllt, ganz im Gegenteil. Darüber hinaus ist sie jetzt Oppositionsführer. Wie konnte es dazu kommen? Nach der krachenden Wahlniederlage 2017 schlossen eine ganze Reihe führender SPD-Politiker eine Neu-

auflage der großen Koalition zu nächst aus, da sie den Wählerwillen zu Recht als Abwahl der großen Koalition deuteten. Kurz darauf vollzog die SPD, vermutlich auf Betreiben der „Pragmatiker“ in der Partei, die Kehrtwende. Die Wahlergebnisse der SPD zeigen in der Konsequenz bei den folgenden Landtagswahlen weiter nach unten.

Was ist für die SPD „staatstragend-pragmatisch“: Durch Verbleib in der Koalition weiter an der „schwarzen Null“ festhalten, weiter Straßen, Netz, Krankenhäuser, Schulen verrotten lassen und dafür beim absehbaren Ende der Koalition von den Wählern mitverantwortlich gemacht und nochmals krachend abgestraft werden? Oder mit einem klaren Bekenntnis zur Reformation des Sozialstaates sowie klarer Ansage, dass Koalitionen mit allen Parteien außer CDU/CSU und AfD möglich sind, in die Opposition gehen?

Glaubwürdig für den Wähler wäre letzteres am ehesten dann, wenn es vor dem unausweichlichen Ende der großen Koalition erfolgte. Aktuell wären Mindestforderungen an den Noch-Koalitionspartner zu stellen wie Abschied von der „schwarzen Null“, auskömmlicher Mindestlohn. Sollte nicht einmal das möglich sein, wäre es für die SPD höchste Zeit, sich zu verabschieden.

Rainer Stockmann, Dreieich

Diskussion: frblog.de/spd-spitze

HP_0LES02FRDA - B_180334

